Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1918

110 (6.3.1918) Abendblatt

Visual Library

Badische Landeszeitung

Täglich zwei Ausgaben (mittags und abends)

Ausgabe: Wöchentlich zwölfmal. — **Bezugspreis:** Vierteljährlich in Karlsruhe bei der Geschäftsstelle oder einer Niederlage bezogen Mk. 4.05, monatlich Mk. 1.35, in das Haus gebracht Mk. 4.35, monatlich Mk. 1.45, durch die Post bezogen ohne Zustellungsgebühr Mk. 4.05 gegen Vorausbezahlung.

Anzeigengebühr: Die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pf., Reklamezeile 60 Pf., hierauf 10 % Teuerungszuschlag, Rabatt nach Tarif.

Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle der Badischen Landeszeitung, Karlsruhe i. B., Hirschstraße 9 (Fernsprech-Anschluß Nr. 400) sowie in allen bekannten Anzeigen-Geschäften.

Samstag-Beilage: Badisches Unterhaltungsblatt

Verantwortlich: Für den leitenden Teil, Deutsches Reich, Ausland, badische Politik und Feuilleton Walther Günther; für badische unpolitische Angelegenheiten, Lokalnachrichten, Gerichtssaal, Sport, Handel und letzte Drahtberichte Karl Binder; für Reklamen und Anzeigen Mathilde Schuhmann; sämtliche in Karlsruhe.

Sprechzeit der Schriftleitung: vormittags 1/2 10—1/2 11 Uhr, nachmittags 1/2 5 bis 1/2 6 Uhr. Fernsprech-Anschluß Nr. 400.

Rotationsdruck und Verlag der Badischen Landeszeitung, G. m. b. H., Hirschstr. 9, Karlsruhe.

Nr. 110 — 77. Jahrgang. — Karlsruhe, Mittwoch, 6. März 1918 — 77. Jahrgang. — Abendblatt.

Der Vorfrieden mit Rumänien abgeschlossen.

Der deutsche Tagesbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 6. März. (Amtlich.)

Vom westlichen Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Kronprinzen Rupprecht von Bayern.

Heftige Feuerüberfälle richtete der Feind gegen unsere Stellungen auf dem Norduser der Lys. Ein starker englischer Vorstoß bei Waasten wurde im Nahkampf abgewiesen. Beiderseits der Scarpe und in Verbindung mit eigenen erfolgreichen Erkundungen nördlich und südwestlich von St. Quentin lebte die Gefechtstätigkeit auf.

Front des deutschen Kronprinzen

In einzelnen Abschnitten Artilleriekampf. Sturmabteilungen drangen in der Gegend von Ornes in die französischen Gräben und brachten 28 Gefangene ein.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg

Südlich vom Rhein-Marne-Kanal, im Thanner Tal und bei Altkirch rege Tätigkeit der Franzosen.

Osten.

In Verfolg der von der finnländischen Regierung erbetenen militärischen Hilfe sind deutsche Truppen auf den Aalandsinseln gelandet.

* * *

Der Waffenstillstandsvertrag mit Rumänien ist von neuem formell unterzeichnet worden. Friedensverhandlungen schließen sich unmittelbar an.

*

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Neue U-Bootserfolge

WTB. Berlin, 6. März. (Amtlich.) Unsere U-Boote haben im Sperrgebiet um England neuerdings

20 000 B.-R.-T. versenkt.

Von den vernichteten Schiffen sind zwei besonders wertvolle bewaffnete Dampfer von je 6000 B. R. T. in geschicktem Angriff trotz schärfster feindlicher Gegenwirkung aus demselben Geleitzuge herausgeschossen worden. Einer der Dampfer hatte Munition geladen. Zwei weitere tiefbeladene Dampfer wurden an der Ostküste Englands ebenfalls aus Geleitzügen herausgeschossen.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Das Ende des Zweifrontenkrieges.

Durch den Frieden mit Rußland ist der Zweifrontenkrieg beendet, der eiserne Umklammerungsring um Deutschland gesprengt und die militärische Armfreiheit für die Westfront gewonnen. Der Friedensschluß mußte bis zum letzten Ende mit den Waffen erkämpft werden.

Dieser Kampf mit dem weitüberlegenen Millionenheer des gewaltigen russischen Reiches, das der Entente die größte Hoffnung war, hat rund 43 Monate gedauert. Er wurde zu einem ununterbrochenen Siegeszug, seit die Generäle Hindenburg und Ludendorff die Führung der Operationen übernahmen. Die 250 000 Mann starke Narew-Armee wurde von deutscher Minderheit in den letzten Augusttagen 1914 bei Tannenberg in offener Feldschlacht vernichtet. 500 Geschütze, 90 000 Gefangene blieben dabei in deutscher Hand. 40 000 tote Russen bedeckten das Schlachtfeld. Am 10. September desselben Jahres wurde die gleichstarke russische Invasionsarmee Rennenkampf an den Masurischen Seen nach schwerer Niederlage zu fluchtartigem Rückzug gezwungen und damit Ostpreußen bis auf Grenzgebiete vorläufig befreit. Es folgten die Schlachten um Lodz, die fast 140 000 Gefangene einbrachten. Am 6. Dezember fällt Lodz und die russische Dampfwalze rollt nach Warschau zu.

Anfangs Februar des Jahres 1915 wird unter General Sivers die 10. russische Armee, die erneut in Ostpreußen einfallen wollte, zwischen Johannesburg und Pillkallen in großangelegter Umfassungsschlacht geschlagen. Hunderttausend Gefangene und unzählbare Geschütze und Materialbeute fielen in deutsche Hand. Im Mai 1915 erfolgt die Durchbruchsschlacht von Gorlice-Tarnow.

Ich Hochsommer desselben Jahres erfüllt sich das Schicksal Polens. Die Narewlinie wird den Russen entrissen. Die Die Festungen Pultusk, Rozhan, Ostrolenka und Lomsa werden erobert. Am 5. August fällt Warschau, am 26. August Brest-Litowsk. In der Verfolgung des Feindes werden die Wälder von Byalystok und die Pripjet-Sümpfe durchschritten. Der Großfürst Nikolaus wird abberufen. Im September fallen Grodno und Wilna. Der siegreiche Vormarsch geht bis Riga und Dünaburg. Russische Gegenoffensive scheitert unter ungeheuren Opfern.

Die Folge der wuchtigen Schläge ist das Ende der Zarendynastie und der Beginn der russischen Revolution. Die Revolutionsheere, von Kerenski erneut zum Angriff vorgetrieben, konnten den geplanten Durchbruch nicht erzielen. Statt dessen setzt im Juli 1917 der Durchbruch der Mittelmächte bei Sloczow ein und befreit in schnellstem Tempo den Ostteil Galiziens und die Bukowina.

Die Einnahme von Riga, Jakobstadt, die Eroberung der Inseln Oesel, Dagö und Moon vollenden die Niederlage der gewaltigen russischen Armee. Friedensverhandlungen werden eingeleitet, scheitern an dem Verhalten Trotzkis und zwingen den Deutschen noch einmal das Schwert in die Hand, mit dem sie in unglaublichem Tempo bis Narwa, Pleskau, Polosk, Gomel und Kiew vordringend, den endlichen Friedensschluß erkämpfen.

Der Friedensvertrag mit Rumänien.

WTB. Berlin, 6. März.

Aus Bukarest wird vom 5. März gemeldet:

Im Schlosse Buftea bei Bukarest wurde heute sieben Uhr nachmittags von den bevollmächtigten Vertretern der Vierbundmächte und den rumänischen Bevollmächtigten folgender Vertrag unterzeichnet:

Beseelt von dem gemeinsamen Wunsch, den Kriegszustand zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und Rumänien andererseits zu beenden und den Frieden wiederherzustellen, sind die Unterzeichneten, und zwar:

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Kaiserlicher Wirkl. Geh. Rat Herr Richard v. Kühlmann als Bevollmächtigter von Deutschland,

der Minister des K. u. K. Hauses und des Aeußern Seiner K. u. K. Apostolischen Majestät Geheimer Rat Otto Karl Graf Czernin von und zu Chudenitz als Bevollmächtigter Oesterreich-Ungarns,

der Vizepräsident der Sobranje Herr Dr. Momtschiloff als Bevollmächtigter Bulgariens,

Seine Hoheit der Großwesir Talaat Pascha als Bevollmächtigter der Türkei einerseits und

Herr C. Argetojanu als Bevollmächtigter Rumäniens andererseits nach Prüfung ihrer Vollmachten dahin übereingekommen, daß, nachdem der zu Foscani am 9. Dezember 1917 unterzeichnete Waffenstillstandsvertrag am 2. März 1918 gekündigt und am 5. März 1918 um 12 Uhr mittags abgelaufen ist, vom 5. März 1918 Mitternacht an eine 14tägige Waffenruhe mit dreitägiger Kündigungsfrist laufen soll. Zwischen den Unterzeichneten besteht vollkommene Uebereinstimmung darüber, daß innerhalb dieses Zeitraumes der endgültige Friede abzuschließen ist, und zwar auf Grundlage nachstehender Vereinbarung:

I. Rumänien tritt an die Verbündeten Mächte die Dobrudscha bis zur Donau ab.

II. Die Mächte des Vierbundes werden für die Erhaltung des Handelsweges für Rumänien über Konstanza nach dem Schwarzen Meer Sorge tragen.

III. Die von Oesterreich-Ungarn geforderte Grenzberichtigungen der österreichisch-ungarisch-rumänischen Grenze werden von rumänischer Seite grundsätzlich angenommen.

IV. Ebenso werden der Lage entsprechende Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet grundsätzlich zugestanden.

V. Die rumänische Regierung verpflichtet sich, sofort mindestens acht Divisionen der rumänischen Armee zu demobilisieren. Die Leitung der Demobilmachung wird gemeinsam durch das Oberkommando der Heeresgruppe Mackensen und der rumänischen Obersten Heeresleitung erfolgen.

Sobald zwischen Rußland und Rumänien der Friede wiederhergestellt ist, werden auch die übrigen Teile der rumänischen Armee zu demobilisieren sein, soweit sie nicht zum Sicherheitsdienst an der russisch-rumänischen Grenze benötigt werden.

Kunst, Wissenschaft und Literatur.

Vom Theater an der Westfront. Es wird uns geschrieben: Am 12. Februar d. J. konnte das Theater an der Westfront auf sein zweijähriges Bestehen zurückblicken. Als sein Gründer und Leiter, Direktor Fritz Grunwald, vor zwei Jahren mit einem kleinen, aber gewählten Personal seine Gastspiele in Valenciennes, Douai, Cambrai, Tournai, St. Amand anfing, konnte er wohl selbst noch nicht ahnen, daß das Unternehmen sich nicht nur solange halten, sondern auch seinen jetzigen Umfang erreichen würde. Aber immerhin hat er mit richtigem Gefühl den Zeitpunkt erkannt, wo ein ständiges Theater eine Notwendigkeit für unsere Feldgrauen an der Front werden mußte. Mit eigenen Mitteln anfangs finanziert konnte Grunwald das erste Gastspielensemble schon nach 5 Wochen des Bestehens als sichere Unternehmung an die Verwaltung der 6. Armee übergeben und dann selbständig den weiteren Ausbau des vielversprechenden Anfangs organisieren. Vier ständige Gastspielensemble sind auf diese Weise ins Leben gerufen, von denen das älteste auf Wunsch der 6. Armee ganz in deren Verwaltung überging, während die drei anderen unter der direkten Leitung Grunwalds blieben und in allen anderen Armeen der Westfront ihre Gastspiele fortführten. Eines davon, die Operette, hat natürlich in besonderem Maße die Beliebtheit errungen, sodaß heute von Ostende, Blankenberghe und Brügge bis herunter Montmedy und Longwy jeder namhafte Ort zur Domäne des Theaters an der Westfront gehört. Bei der beständig wechselnden Beschaffenheit des Spielorts, von dem Fünf-Millionenbau des Viller neuen Theaters und den mittleren, größeren und kleineren Provinztheatern Frankreichs und Belgiens bis zu den improvisierten Bühnen, in Magazinen, ja Scheunen in kleineren Orten dicht hinter der Feuerlinie, muß es besonders anerkannt werden, daß die Vorstellungen durchweg infolge der nie rastenden, durch Begeisterung getragenen Tätigkeit aller Beteiligten auf einer künstlerischen Höhe gehalten wurden, die, wie von zahlreichen Stimmen bestätigt wird, eine freudige Ueberraschung für jeden kunstverständigen Besucher war. In den zwei Jahren konnte Grunwald 1181 Vorstellungen geben, und wenn man die Vorstellungen des neuen Theaters in Lille, das bekanntlich auch Grunwalds Initiative und Tätigkeit seine Entstehung verdankt, dazurechnet, so haben fast zwei Millionen unserer Feldgrauen dem Theater an der Westfront einen frohen Abend zu verdanken.

× **Die Uraufführung einer Kriegs-Tragödie.** Aus Frankfurt a. M.: Das zweiaktige Schauspiel „Der Deutsche von Bayencourt" von Adam Kuckhoff, dessen Uraufführung das Neue Theater herausbrachte, ist offenbar unter dem starken Eindruck der ersten Kriegszeit entstanden, der sich mehrfach in ihm verrät. Ein fast ein Menschenalter lang in Frankreich seßhafter und Bürger der Republik gewordener Deutscher wird in dem Dorf Bayencourt, in dem er wohnt, beim Ausbruch des Krieges, ohne selbst den geringsten Anlaß zu solchen Vermutungen zu geben, der Spion, der Fremde usw. Unter der Einwirkung solcher Erfahrungen kommt ihm die Erkenntnis, daß ihm das „neue Vaterland" Frankreich, für das sein eigener Sohn kämpft, nicht zur wirklichen Heimat geworden ist. Eine deutsche Ulanenpatrouille, die sich in sein Gehöft verirrt, nimmt er nach kurzem Widerstreben auf. Französische Soldaten entdecken die Versteckten. Sommer, so heißt der „Deutsche von Bayencourt", wird vom Kriegsgericht zum Tode verurteilt. Während die deutschen Truppen näher rücken, findet er innerlich aufs neue ganz den Anschluß an die deutsche Heimat. Sie grüßt er im Geist, da er von den Franzosen fusiliert wird. . . . Dramatisch ist das Werk nicht von starker Tragkraft, aber es trägt Zeichen echten dichterischen Strebens und ernsten Willens genug an sich. Freundlicher Aufnahme, die man ihm bereitete, setzte sich starker Widerspruch entgegen. Unter Hellmers Leitung leistete die Aufführung Vorzügliches.

* **Münchener Auktionspreise.** Die in der Galerie Helbing-München kürzlich stattgehabte Versteigerung einer Antiquitätensammlung aus dem Besitz eines süddeutschen Sammlers zeitigte bei äußerst lebhafter Steigerungslust sehr hohe Preise: zwei Burgunder Gobelins von 1500 39 000 M; ein Gobelin der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts 16 000 M; Gobelin von 1600, flandrisch, 10 500 M; römischer Kindersarkophag 4500 M; männlicher Torso 4100 M; oberitalienische Kaminverkleidung 2400 M; Brunnenfigur, Bronze von C. Bühot, 5000 M; Madonna und Johannes, Pinienholz, spanisch, 16. Jahrhundert, 8000 M; Florentiner Halbschrank, italienische Renaissance, 3500 M; Casablanca, italienisches Barok, 4800 M; Kabinettschrank, spanisch-maurisch, 17. bis 18. Jahrhundert, 360 Mark; Büfett, süddeutsch, 4000 M; zwei Sitze von einem Chorgestühl 3000 M; Büfett, Elsaß oder Schweiz, 7000 M.

‡ **Der „Bilderbühnenbund" deutscher Städte.** Der „Deutsche Ausschuß für Lichtspielreform" hat in den letzten Tagen eine Sitzung in Stettin abgehalten, auf der Fragen des „Bilderbühnenbundes" besprochen wurden. Die Tagung war sehr stark besucht; Kultus- und Kriegsministerium und viele Behörden hatten Vertreter entsandt, mehr als fünfzig Gemeinden beteiligten sich an den Beratungen. Der „Bilderbühnenbund" will die Städte, Gemeinden und Kommunalverbände, die im Sinne einer Reform des Lichtspielwesens tätig sein wollen, zusammenfassen; sie sollen für die Film-Industrie einen Großabnehmer bilden, der durch sein Gewicht die Erzeugung von Filmen im Sinne der Reform beeinflussen wird. Entweder werden von den Gemeinden eigene „Bilderbühnen" gegründet oder vorhandene Kinos gepachtet und zu gewissen Zeiten auf reformgerechten Betrieb verpflichtet. — Das „Schulfilmarchiv" wird Filme für die Schulen schaffen und leih- oder kaufweise den Mitgliedern des „Bilderbühnenbundes" zur Verfügung stellen. — Die Erörterung ergab, daß die Gründung allgemein erwünscht war; sie erfolgte mit 26 Städten als ordentlichen und 20 als außerordentlichen Mitgliedern; eine Reihe von neu hinzutretenden steht in sicherer Aussicht.

* **Kleine Mitteilungen.** In der Berliner Nationalgalerie ist es dank neuer Erwerbungen möglich geworden, einen besonderen Thoma-Saal einzurichten. — Der Deutsche Bühnenverein beriet Anträge über die wirtschaftliche Lage der Bühnenangestellten. Ein Antrag der Genossenschaft Einzeldarstellern ein monatliches Mindesteinkommen von 200 M zu gewähren, wurde als Kriegsmaßnahme angenommen. — Ein Institut zum Studium der Auslandspolitik, aus bürgerlichen Mitteln errichtet, wird an der Straßburger Hochschule geplant. — Der frühere Mannheimer Intendant Alfred Bernau, z. Zt. Direktor der Wiener Kammerspiele, ist zum Direktor des Deutschen Volkstheaters in Wien als Nachfolger Walners einstimmig gewählt worden. — Der Professor der Anatomie an der Universität Halle, Dr. Walter Gebhardt, Abteilungsvorsteher des dortigen anatomischen Instituts, ist infolge von Ansteckung gestorben.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

VI. Die rumänischen Truppen haben sofort das von ihnen noch besetzte Gebiet der österreichisch-ungarischen Monarchie zu räumen.

VII. Die rumänische Regierung verpflichtet sich, den Transport von Truppen der Verbündeten Mächte durch die Moldau und Bessarabien nach Odessa eisenbahntechnisch mit allen Kräften zu unterstützen.

VIII. Rumänien verpflichtet sich, die noch im russischen Dienste stehenden Offiziere der mit dem Vierbund im Krieg befindlichen Mächte sofort zu entlassen. Diesen Offizieren wird seitens der Vierbundmächte freies Geleit zugesichert.

Dieser Vertrag tritt sofort in Kraft.

Zu Urkunde dessen haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

Ausgefertigt in fünffacher Urschrift in Bukarest, am 5. März 1918.

Es folgen Unterschriften.

Die Schlußsitzung in Brest-Litowsk.

* Brest-Litowsk, 5. März.

Nachdem die russische Delegation am 1. März die Entwürfe zum Friedensvertrag entgegengenommen hatte, erklärte der Vorsitzende, Sokolnikow, daß er von einer Durchberatung in Kommissionen absehen wolle. Am 2. März nahmen der Vorsitzende und einzelne Mitglieder der russischen Delegation Fühlung mit den Delegierten der Verbündeten, um sich über die einzelnen Bestimmungen der Entwürfe Aufklärung zu verschaffen. Abänderungswünsche wurden russischerseits nicht geäußert.

Für die Unterzeichnung der Verträge wurde in gemeinsamem Einvernehmen der 3. März festgesetzt. Am 3. März um 11 Uhr vormittags traten die Abordnungen unter dem Vorsitz des österreichisch-ungarischen Botschafters von Merey zu einer Vollversammlung zusammen. Die Vollmachten wurden geprüft und richtig befunden. Im allseitigen Einverständnis wurde vorbehalten, daß Staatssekretär von Kühlmann und Graf Czernin ihre Unterschriften in Bukarest nachtragen sollten.

Sodann gab

der Vorsitzende der russischen Delegation

zwei Erklärungen ab. Die erste Erklärung beschäftigte sich mit dem Artikel 4 Absatz 3 des Vertragsentwurfs betr. Rußlands Verzicht zur Einmischung in die Neuordnung der staatsrechtlichen und völkerrechtlichen Verhältnisse in den ehemals türkischen Bezirken Erdehan, Kars und Batum. Sokolnikow erklärte, daß diese Vertragsbestimmung eine Gebietsänderung ohne Befragung der Bevölkerung darstelle und von Rußland nur unter Protest angenommen werde. In seiner zweiten Erklärung betonte der Vorsitzende der russischen Delegation, das deutsche Ultimatum habe die russische Republik im Zustand der Demobilmachung getroffen. Rußland sehe sich deshalb gezwungen, das Ultimatum anzunehmen und die ihm jetzt vorgelegten Verträge zu unterzeichnen. Dieser Frieden sei kein Verständigungsfrieden. Die russischen Randvölker würden unter dem Vorwand des Selbstbestimmungsrechts dem Einfluß des Gegners unterstellt, um die dort herrschenden Klassen gegen die Revolution zu schützen und die Kräfte der Gegenrevolution zu stärken. Auch in Finnland und der Ukraine stütze der Vierbund die revolutionsfeindlichen Bestrebungen. Rußland, durch den Bruch des Waffenstillstandes vergewaltigt, unterzeichne, nachdem es vergeblich an die deutsche Arbeiter appelliert habe, den Friedensvertrag, ohne in Verhandlungen darüber einzutreten.

Botschafter von Merey

gab seinem Bedauern über die russischen Erklärungen Ausdruck. Die Delegationen des Vierbunds hätten gehofft und gewünscht, daß am letzten Tage der Verhandlungen friedliche und versöhnliche Töne angeschlagen würden. Wenn die russische Delegation die Bestimmung über Erdehan, Kars und Batum beanstande, so müsse er bemerken, daß die russischen Herren in der Lage gewesen wären und vollauf Zeit gehabt haben würden, darüber zu verhandeln und Abänderungswünsche geltend zu machen. Wenn sie die Entwürfe ohne sachliche Durchberatung im einzelnen in Bausch und Bogen angenommen hätten, so besäßen sie nicht das Recht, sich darüber zu beschweren, sondern hätten dies allein zu verantworten. Jede Verantwortung und Schuld für die jetzige Lage Rußlands müßten die Mächte des Vierbunds ablehnen. Die Verhandlungen in Brest hätten bei voller Waffenruhe zwei Monate lang gedauert. Bei sachgemäßer Verwendung dieser Frist würde die russische Delegation reichlich Zeit gehabt haben, das Friedenswerk auf der zu Beginn der Verhandlungen festgesetzten Grundlage durchzuberaten und zu einem gedeihlichen Ende zu führen. Der größte Teil des Materials sei überdies in früheren Verhandlungen tatsächlich eingehend durchberaten worden. Wenn die russische Delegation später diesen Weg verlassen und jetzt auf abschließende Besprechungen verzichtet habe, so treffe die Schuld hieran ausschließlich sie selbst.

In längeren Ausführungen und unter Beibringung reichen geschichtlichen, ethnographischen und geographischen Materials trat hierauf

der Vorsitzende der ottomanischen Delegation, Hakki Pascha,

der ersten Erklärung Sokolnikows entgegen. Er erinnerte daran, daß die fraglichen Bezirke 4 Jahrhunderte lang zur Türkei gehört hätten, daß Rußland sie als Ersatz für eine von der Türkei nicht gezahlte Kriegsentschädigung an sich gerissen und daß die Türkei, solange sie Herrin der Bezirke gewesen sei, von dort aus Rußland niemals bedroht habe. Den Vorwurf, daß hier eine Annexion vorliege, entkräftete er durch den Hinweis auf den Wortlaut der von den Verbündeten vorgeschlagenen Vertragsbestimmung, wonach die Bevölkerung das Recht haben soll, ihr künftiges staatliches Schicksal selbst zu bestimmen.

General Hoffmann

legte gegen den Vorwurf einer Verletzung des Waffenstillstandsvertrags durch Deutschland Verwahrung ein, in dem er auf die Erklärung des Staatssekretärs von Kühlmann in der Vollversammlung vom 10. Februar verwies. Herr von Kühlmann habe damals dem Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten klipp und klar gesagt, daß mit einem einseitigen Abbruch der Friedensverhandlungen der Waffenstillstand automatisch außer Kraft trete. Herr Trotzki habe das widerspruchslos zur Kenntnis genommen. Die russische Demobilmachung habe nicht erst infolge des Befehls vom 10. Februar begonnen. In Wirklichkeit sei sie schon lange Wochen vorher im Gange und de facto das russische Heer am 10. Februar bereits demobil gewesen. Schon Wochen vorher habe die deutsche Heeresleitung gewußt, daß, und wie viele Kilometer die russischen Stellungen nicht mehr von russischen Truppen besetzt waren. Diese tatsächlichen Verhältnisse seien der russischen Regierung natürlich genau so gut bekannt gewesen, wie der deutschen Heeresleitung.

Gesandter von Rosenberg,

der hierauf das Wort ergriff, führte aus, die deutschen Delegierten hätten sich im Dezember und Januar ehrlich bemüht, einen Frieden der Verständigung zustande zu bringen. Sie hätten nicht auf die Rechte gepocht, die die Eroberung feindlicher Gebiete Deutschland hätte einräumen können.

In dem Wunsch den Idealen des neuen Rußland entgegenzukommen, sei hierauf verzichtet worden. Aber zu einer Verständigung gehörten zwei Parteien, die die Verständigung wünschten. Und den guten Willen hierzu habe die deutsche Delegation auf der russischen Seite vermißt. Infolge eines unseligen Verhängnisses haben die russischen Delegierten an die Ehrlichkeit der deutschen Absichten mit den Randvölkern nicht glauben wollen. Inzwischen haben sich die Verhältnisse und naturgemäß auch die Forderungen Deutschlands verändert. Aber auch heute noch seien die Forderungen Deutschlands weit davon entfernt, eine rücksichtslose Ausnutzung der Machtverhältnisse darzustellen. Aber wenn die russische Delegation nur die drei Tage im Auge habe, die jetzt zur Verfügung standen, so ergebe sich ein falsches Bild. Annähernd 6 Wochen habe der Waffenstillstand gedauert bis zum 10. Febr. die Verhandlungen abgebrochen wurden. Also hätten der russischen Regierung nicht drei Tage, sondern 8 Wochen plus drei Tage zur Verfügung gestanden, um sich über die Annahme und die Ablehnung der deutschen Friedensbedingungen schlüssig zu werden. Hinzu komme, daß die Aussprache im Januar und Februar gerade auf den Gebieten auf denen das Material kompliziert sei, bereits zu weitgehenden Ergebnissen geführt habe. Der Frieden werde Rußland nicht aufgezwungen. In der freien Entschließung des russischen Volkes stehe es, die deutschen Bedingungen anzunehmen oder den Krieg fortzusetzen! Die russische Regierung habe nicht das Recht, die Aufrichtigkeit der von Deutschland verkündeten Absichten mit der Bevölkerung der Randgebiete in Zweifel zu ziehen, um so weniger, als während der kurzen Zeit, die sie am Ruder sei, zwischen ihren Worten und ihren Taten scharfe Widersprüche festzustellen waren. Der Vorsitzende der russischen Delegation habe in seiner Erklärung auch vom deutschen Arbeiter gesprochen. Wer glaube daß der deutsche Arbeiter für sein Verhalten nach innen und außen Verhaltungsmaßregeln und Instruktionen vom Ausland beziehe, der kenne den deutschen Arbeiter nicht. Der deutsche Arbeiter sei derselbe Mann, der draußen im Schützengraben seit vor vier Jahren mit grenzenloser Hingebung das Vaterland verteidige. Wenn er an der Einrichtung des deutschen Hauses, an der bestehenden Ordnung der öffentlichen Dinge etwas auszusetzen habe, so mache er das im eigenen Haus mit den eigenen Volksgenossen ab. Wer glaube, daß er dazu Ratschläge von draußen brauche, beleidige den deutschen Arbeiter.

Der Vorsitzende der bulgarischen Delegation, Herr Tontscheff,

hob hervor, daß die Vertreter des Vierbunds mit den russischen Delegierten zusammengekommen seien, um einen deutschen Frieden zu schließen und nicht, um den Keim für neue Kriege zu pflanzen. Die Sprache und die Erklärungen des Herrn Sokolnikow schüfen jedoch eine Atmosphäre, die mit dieser Absicht nicht übereinstimme. Er müsse der unbegründeten Behauptung der russischen Delegation entgegentreten, daß der Vierbund Rußland vergewaltigen wolle, ein Gedanke, der Bulgarien und seinen Verbündeten fern liege. Wenn Rußland sich in seiner heutigen Lage befinde, so sei dies lediglich die Folge jener nicht genügend weitausschweifenden Politik, die Rußland geführt habe.

Nach einer Replik des Herrn Sokolnikow, der im wesentlichen nur die früher entwickelten Gedankengänge wiederholte, und nach Gegenbemerkungen des Gesandten von Rosenberg und des Generals Hoffmann wurde die Sitzung um 2 Uhr auf 2 Stunden unterbrochen.

Nach der Wiedereröffnung der Sitzung um 4 Uhr wurde

zur Unterzeichnung des Friedensvertrags geschritten,

die um 5 Uhr beendet war. Sodann folgte die Unterzeichnung der Rechtsverträge, die bis ½6 Uhr dauerte.

Nunmehr ergriff Botschafter von Merey das Wort und erklärte: Ich möchte den feierlichen Akt, den wir soeben vollzogen haben, nicht vorübergehen lassen, ohne der aufrichtigen Hoffnung Ausdruck zu geben, daß der heute unterzeichnete Frieden es den Völkern unserer Mächtegruppe sowie Rußland, die sich länger als 3½ Jahre im Krieg gegenübergestanden, ermöglichen wird, doch allmählich die früheren freundschaftlichen Beziehungen wieder aufzunehmen.

Nach Worten des Dankes an das Büro und an die Dolmetscher erklärte Botschafter von Merey die Friedensverhandlungen für beendet.

*

Erivan, Kars und Batum.

Artikel IV des Friedensvertrages mit Rußland besagt, daß außer der Räumung der ostanatolischen Provinzen der Türkei noch die Bezirke Erdehan, Kars und Batum von den russischen Truppen ohne Verzug zu räumen seien. Rußland werde sich in die Neuordnung der staatsrechtlichen und völkerrechtlichen Verhältnisse dieser Bezirke nicht einmischen, sondern überläßt es der Bevölkerung dieser Bezirke, die Neuordnung im Einvernehmen mit den Nachbarstaaten, namentlich der Türkei, durchzuführen.

Die drei genannten Bezirke, die vor Kriegsausbruch zum russischen Reiche gehörten, liegen im Gebiete von Russisch-Armenien. Erdehan (Erivan) grenzt im Süden an die Türkei und Persien, im übrigen an die Gouvernements Tiflis und Kars. Das Gouvernement, das zirka 900 000 Einwohner zählt, ist Hochland mit vielen bedeutenden Bergen. Die gleichnamige Hauptstadt dieses Gouvernements mit ca. 30 000 Einwohnern, liegt in einer fruchtbaren Umgebung mit blühendem Gemüse- und Obstbau. 1878 kam die Stadt mit anderen Gebieten in russischen Besitz. Erivan ist Sitz des armenischen Patriarchen.

Mit der Abtretung von Kars kommt eine wichtige Festung wieder in türkischen Besitz. Kars ist die Hauptstadt des gleichnamigen Gouvernements. Die Stadt liegt in der reichbewässerten fruchtbaren Ebene Schiragh. Sie hat zirka 20 000 Einwohner, während die ganze Provinz Kars ca. 290 000 Einwohner hat.

Batum, der dritte der von den Russen an die Türkei abzutretenden Bezirke, liegt am Schwarzen Meer. Der Bezirk, der ca. 85 000 Einwohner zählt, ist wichtig für den Handel. In Batum befinden sich u. a. über 100 Reservoirs zur Aufnahme von Petroleum, das durch Röhren von Baku nach Batum geleitet wird. Der Hafen von Batum, d. i. Tiefer Hafen, ist der beste an dieser Küste des Schwarzen Meeres.

Finnland.

);(**Petersburg**, 6. März. (Pet. Tel.-Ag.) Aus Helsingfors wird amtlich gemeldet, daß in der Stadt Nikolaistadt auf Befehl des früheren bürgerlichen Senats die Mitglieder der Roten Garde und zahlreiche andere Personen, die sich weigerten, die frühere Regierung anzuerkennen, verhaftet wurden und durch ein Kriegsgericht abgeurteilt werden sollen. Tornea ist gegenwärtig in den Händen der Gegenrevolutionäre. Eine finanzielle Krise ist in der Stadt Kayen und in vielen anderen von der finnländischen Bourgeoisie besetzten Städten Nordfinnlands zu beobachten. Der Ort Karkonummi in Nordfinnland wurde von den Gegenrevolutionären besetzt, am Tag darauf jedoch von den revolutionären Truppen beinahe ohne Kampf genommen. Die Weiße Garde erlitt eine vollkommene Niederlage. 440 Gegenrevolutionäre, unter denen sich viele Ausländer befinden, wurden verhaftet und nach Helsingfors gebracht.

Die Versorgung aus der Ukraine.

)(**Berlin**, 5. März. Aus Wien wird gemeldet: Ueber die Art und Weise, wie die Mittelmächte aus der Ukraine mit den dort liegenden Lebensmitteln versorgt werden sollen, wird von unterrichteter Seite mitgeteilt: Oesterreich-Ungarn und Deutschland gehen bei der Versorgung aus der Ukraine einmütig vor. Die militärischen Handlungen haben unsererseits nur die Aufgabe, der Eröffnung des friedlichen Handels mit der Ukraine die Wege zu ebnen und sie sicherzustellen. Der Handel erfolgt durch besondere Organisationen, die teils schon am Platze, teils noch auf der Reise sind. Es ist auch ganz gleichgültig, welche dieser Organisationen mehr oder weniger einkaufen, ob die deutschen oder österreichisch-ungarischen, die unter der Führung des Grafen Forgach stehen. Der Einkauf erfolgt überall zum Besten beider Staaten und bildet ein gemeinsames Erträgnis, das nach einem bestimmten Schlüssel unter die Zentralmächte aufgeteilt wird. Die Verschiedenheit der zu erwerbenden Lebensmittel und Güter machen einen komplizierten Schlüssel je nach der Art der Ware und nach der Verschiedenheit des Bedarfs beider Länder nötig; aber eine Ungleichmäßigkeit der Aufteilung nach dem Ausmaß der einzelnen Erwerbungen geht daraus nicht hervor.

Nach den bisherigen Erfahrungen und Feststellungen der in der Ukraine operierenden militärischen Kräfte sind Vorräte in der Ukraine reichlich vorhanden, und die Bevölkerung der Ukraine kommt den Truppen sympathisch entgegen. Die Behörden der Zentralrada leisten überall dort, wo sie bestehen, werktätige Mithilfe. Die großen Organisationsfragen der Erfassung und Herausführung der Waren über die verschiedenen Verkehrswege geben natürlich viel und umständliche Arbeit. Wenn diese aber einmal getan ist, was wohl noch eine geraume Zeit in Anspruch nehmen wird, kann man damit rechnen, daß die Vorräte in der Ukraine, zu denen noch jene Waren zählen werden, die wir aus dem mit uns im Friedenszustand befindlichen Rußland beziehen werden, eine fraglos gesicherte und stetige Versorgung der Mittelmächte ermöglichen werden.

Badischer Landtag.

35. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

△ **Karlsruhe**, 6. März.

Präsident **Kopf** eröffnete um 9 Uhr 20 die Sitzung und teilte mit, daß die sozialdemokratische Fraktion an Stelle des Abg. Kolb den Abg. Strobel in die Schulkommission und in die Verfassungskommission den Abg. Geiß entsandt habe.

Das Haus trat nun in die Tagesordnung ein,

die Fortsetzung der Beratung des Voranschlags des Ministeriums des Innern.

Bei der Position „Zuschuß zur Jubiläumsausstellung in Karlsruhe" stellt der

Abg. Dr. **Schofer** (Ztr.) den Antrag auf namentliche Abstimmung. In der Kommission sei ein großer Teil der Abgeordneten dagegen gewesen, daß man den Zuschuß gewährt, weil man der Ansicht war, daß die Stadt Karlsruhe den Verlust zu decken habe.

Staatsminister Freiherr **v. Bodman**: Der Grund, weshalb besondere Abstimmung erfolgen soll, ist der, daß ein Teil der Abgeordneten gegen den Posten stimmen will. Ich bitte Sie, für den Posten zu stimmen. Die von der Stadt Karlsruhe geplante Ausstellung wurde nicht von der Stadt angeregt, sondern vom Staate, sie sollte eine Qualitätsausstellung sein, sie sollte zeigen, wie Baden auf allen Gebieten des Gewerbes an der Spitze marschiert, sie sollte auch anregend auf das badische Schaffen wirken. Die Stadt hat das Wagnis übernommen, der Staat hat einen Zuschuß von 300 000 *M* geleistet. Nun ist die Ausstellung wegen des Krieges nicht zustande gekommen. Die Stadt hat einen Schaden von 450 000 *M* gehabt. Die Stadt Karlsruhe hat eine Landesaufgabe übernommen und der Staat darf sie deshalb nicht im Stiche lassen.

Abg. Dr. **Schofer** (Ztr.): Die Ausführungen haben auf mich einen besonderen Eindruck gemacht, da der Staatsminister bestimmt erklärt hat, daß der Staat die Anregung zu der Ausstellung gegeben hat, nicht die Stadt Karlsruhe. Darauf werden meine Freunde Rücksicht nehmen, und der größere Teil wird für die Bewilligung des Betrages stimmen, oder sich der Abstimmung enthalten.

Abg. **Marum** (Soz.): Ich freue mich über diese veränderte Stellungnahme der Zentrumspartei; darnach wäre jetzt eine namentliche Abstimmung nicht notwendig.

Abg. **Rebmann** (natl.): Wir stehen vor der Tatsache, daß es sich bei der Jubiläumsausstellung um ein gemeinsames Unternehmen zwischen der Stadt Karlsruhe und dem badischen Staate gehandelt hat. Ich freue mich, daß der Abg. Schofer erklärt hat, die Zentrumspartei werde größtenteils für die Forderung stimmen. Es hat so ausgesehen, als ob die Stadt Karlsruhe mit der Ausstellung ein Geschäft gemacht hätte. Das ist zweifelhaft, wenn man die Ergebnisse der bisherigen Gewerbeausstellungen betrachtet. Damit will ich nicht sagen, daß der Stadt Karlsruhe auch ein Verlust bevorgestanden hätte, sondern daß es ein Risiko gewesen wäre. Dieses Risiko wollte aber die Stadt auf Anregung des Staates auf sich nehmen. Wenn man das alles überlegt, werden die Herren, die sich bisher ablehnend verhalten haben, auch für die Anforderung stimmen.

Abg. **Weißhaupt** (Ztr.): Trotz der Begründung habe ich nicht die Absicht, für die Position zu stimmen, da für die Städte immer noch mehr geschieht, als für das Land.

Staatsminister Freiherr **v. Bodman**: Ich muß dieser Anschauung widersprechen.

Abg. **Hertle** (R. V.): Wir werden gegen die Bewilligung des Betrages stimmen. (Abg. Fischer (R. V.): Bravo!)

Die Anforderung wurde hierauf gegen die Stimmen der Rechtsstehenden Vereinigung und einzelnen Zentrumsabgeordneter genehmigt.

Abg. **Niederbühl** (natl.): Gegenüber den Ausführungen, die Abg. Görlacher vor kurzem über die Handwerkerorganisationen gemacht hat, muß ich sagen: werfen Sie keinen Stein in das Glashaus, in dem Sie sitzen. Die Badischen Handwerkskammern und die Handwerkerorganisationen haben während des Krieges einen Bienenfleiß für die Handwerker entwickelt, um ihnen Arbeit zu verschaffen. Es ist nicht richtig, wie der Abg. Spang gesagt hat, daß sich die bayerischen Organisationen besser bewährt haben.

Abg. **Görlacher** (Ztr.): Ich habe gesagt, daß wenn sich die Handwerkskammern und Gewerbevereine nicht auf den rein wirtschaftlichen Standpunkt stellen, wie dies die Landwirtschaftskammer tut, daß dann diese Organisationen sich nicht durchaus gewerbefreundlich verhalten. Von dem, was ich auf dem vorigen Landtage über die Handwerker-Organisationen gesagt habe, habe ich nichts zurückzunehmen.

Abg. **Weißhaupt** (Ztr.): Es scheint, als ob die Arbeiten für die Heereslieferungen nicht gleichmäßig über das Land verteilt wurden.

Abg. **Niederbühl** (natl.): Ich kann es nicht zugeben, was der Abg. Weißhaupt gesagt hat. Auf Grund meiner persönlichen Kenntnisnahme weiß ich, daß man bei den Handwerkern auch in der Seegegend mit der Verteilung der Arbeit zufrieden ist.

Abg. **Krauth** (natl.): Der Krieg hat die Neckarschiffer in große Schwierigkeiten gebracht. Der Neckarschiffer-Verband hat darum hier eine Eingabe gemacht, die wohlwollend geprüft werden sollte. Hilfe wird notwendig sein von der Kreishilfkasse in Mosbach. Diese wird aber nicht genügen, deshalb möchte ich um wohlwollende Prüfung der etwa eingehenden Gesuche bitten.

Abg. **Banschbach** (R. V.): Ich kann den Ausführungen meines Vorredners nur zustimmen.

Bei der Position „Landwirtschaft" begründete

Abg. **Seubert** (Ztr.) seine

Interpellation über die Brennerei und den Branntweinverkehr.

Diese lautet: „Sind der Großh. Regierung die großen Preisunterschiede zwischen Erzeugerpreis und Verbraucherpreis für Edelbranntwein bekannt? Was gedenkt sie zu tun, um eine Erhöhung der unzureichenden Erzeugerpreise herbeizuführen? Kennt die Großh. Regierung die ungleichmäßige Handhabung der Verordnung bezüglich des Verkehrs mit Branntwein in den verschiedenen Bundesstaaten, insbesondere bezüglich der Höchstpreise, und was gedenkt sie zur Wahrung der badischen Brennerei-Interessen zu tun? Kennt die Großh. Regierung die enorm hohen Preise für anzuschaffende gußeiserne Brennkessel und die im Verhältnis hierzu sehr niedrigen Preise für abzuliefernde kupferne Destillationsapparate? Was gedenkt sie zum Ausgleich dieses Mißverhältnisses, das besonders unsere süddeutschen Kleinbrenner sehr schädigt, zu tun? Ist der Großh. Regierung bekannt, daß in Mittelbaden die Kleinbrenner von Händlern aufgefordert werden, bis spätestens 1. März d. J. sich Ersatz für kupferne Brennkessel zu verschaffen, unter der Androhung, das Brennrecht zu verlieren, berechtigt?"

Ferner verlangt Abg. Seubert für die Schälwaldbesitzer Beurlaubungen aus dem Heeresdienst, Zuteilung von Gefangenen und Schülern höherer Lehranstalten und führte zugleich im Namen des Abg. Dr. Wirth Beschwerde über den Amtsvorstand in Offenburg, der angeblich ein unnahbarer Herr sei und kein Verständnis für die bäuerlichen Verhältnisse habe. Der Amtsvorstand sei ein Totengräber für das Durchhalten.

Ministerialdirektor Geh. Rat **Weingärtner** beantwortete die Interpellation. Nach einer Verfügung der Reichsstelle muß aller Branntwein abgeliefert werden, einmal um nicht durch Gewinnabsichten das Brennen von Nahrungsmitteln zu fördern und dann, weil das Heer den Branntwein braucht. Es wurde den Leuten 10 Liter gelassen. Die Preise wurden erhöht, sie dürfen aber nicht zu hoch sein, damit nicht die Versuchung entsteht, daß Nahrungsmittel gebrannt werden. Im Interesse der Kleinbrenner haben wir uns bemüht, sie möglichst lang im Besitze ihrer Kessel zu belassen. Die Brennkessel würden nicht eingezogen werden, wenn es nicht notwendig wäre. Den Ausführungen des Abg. Seubert über den Amtsvorstand

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

in Offenburg muß ich widersprechen. In dem Bezirke, in dem der Landtagsvorstand früher tätig war, in Pfarzheim, war er sehr beliebt, und als er versetzt wurde, kam eine Deputation in das Ministerium, die bat, ihn auf seinem bisherigen Platze zu belassen. Es ist aber nicht anzunehmen, daß er sich in der Zwischenzeit so geändert hat. Der Kommunalverbandsbezirk Offenburg gehört mit zu den bestverwalteten des Landes. Der Bauer, gegen den energisch vorgegangen wurde, hatte sich gegen die Kriegsvorschriften vergangen und Getreide versteckt.

Abg. Seubert (Ztr.) begründete seinen Antrag, daß den Roßkartoffeln vor der Verfütterung der Alkohol entzogen werden dürfe.

Abg. Sidler (natl.) berichtete für die Kommission für Justiz und Verwaltung über den Antrag Muser und Genossen über das Stimmrecht in der Landwirtschaftskammer. In dem Antrage wird verlangt, die Regierung möge einen Gesetzentwurf vorlegen, wonach den Städten über 20 000 Einwohnern, soweit sie selbst Inhaber erheblicher landwirtschaftlicher Betriebe sind, Sitz und Stimme in der Landwirtschaftskammer eingeräumt wird. Die Kommission beantragte, daß der Antrag so abgeändert wird, daß in der Landwirtschaftskammer die Städte eine geeignete Vertretung erhalte.

Abg. Muser (F. Vp.) begründete seinen Antrag. Weiter begründete er seinen Antrag auf Streichung des staatlichen Zuschusses an die Landwirtschaftskammer. Er führte dazu aus, der Antrag habe nur einen budgetären Charakter, ohne Spitze gegen die Landwirtschaftskammer und gegen die Landwirtschaft. Die Streichung soll auch nur für dieses Jahr erfolgen.

Abg. Seubert (Zentr.) beantragte die Besprechung seiner Interpellation.

Wie der Präsident mitteilte, sind zu der Interpellation Seubert und dem Antrage Muser bereits 18 Redner gemeldet.

Abg. Müller-Weinheim (nat.-lib.): Es kann nicht bestritten werden, daß sich die Landwirtschaftskammer große Verdienste um die Landwirtschaft und um unser Volk erworben hat. Der Rückgang des Anbaues von Raps erklärt sich aus den geringen Preisen, die für den Raps bezahlt werden, Tabak, Kartoffeln und gelbe Rüben sind viel rentabler. Wenn Raps in größerem Umfange gebaut werden soll, muß der Rapspreis erhöht werden. Aehnlich steht es auch mit dem Hanfbau; er ist meistens von dem Tabakbau verdrängt worden. Um die Schafzucht wieder auf die Höhe zu bringen, bedarf es Jahre langer Arbeit. Die Wollpreise waren bisher zu tief. Die Höchstpreise für die Schlachthämmel sind zu niedrig. Mit dem Antrage Seubert über das Brennen der Topinambur bin ich einverstanden. Den Antrag Muser über die Vertretung der Städte lehne ich ab, es würde eine Erhöhung der Mitgliederzahl der Landwirtschaftskammer um 6 Mitglieder notwendig machen. Diese Vermehrung halte ich für überflüssig. Auch den Antrag des Abg. Muser über die Streichung oder Herabsetzung des Staatszuschusses an die Landwirtschaftskammer muß ich ablehnen, da darunter wichtige Zweige der Landwirtschaft leiden würden.

Abg. v. Gleichenstein (Zentr.): Die Notlage des Rebbaus ist notorisch. Es hat sich gezeigt, daß die Hybriden sich bewährt haben. Leider haben wir in Baden nur eine Hybride: die Taylor-Rebe, die schlechteste von allen. Die besseren Hybriden kennen wir gar nicht. Im Elsaß hat sich der Anbau der Hybriden bewährt. Daß man im Elsaß die Hybriden eingeführt hat, hat das Weinbauinstitut Oberlin in Kolmar in hohem Maße veranlaßt. Das Erträgnis der Hybriden-Weinberge war im letzten Jahre sehr bedeutend. Mit dem Institut Oberlin kann die Anstalt Augustenberg auf dem Gebiete des Weinbaues sich nicht messen, es hat keine Führung und ist nicht bahnbrechend. Ein jetzt bei Freiburg bestehendes Weinbauinstitut sollte zu einer führenden Anstalt ausgebaut werden. Die Bundesratsverordnung, durch die der Anbau von Amerikanerreben verboten ist, könnte man abändern. Die geplante Weinsteuer bildet eine neue Gefahr für den Weinbau, die Steuerfrage sollte nur in Verbindung mit dem Zollschutz gelöst weden. Bei der Besteuerung sollte auch der Wert des Weines berücksichtigt werden. Die Kaiserstuhlgegend ist zu stark mit Einquartierung belastet.

Abg. Stork (natl.): Seit Jahren haben wir schlechte Herbste. In Baden beobachten wir seit Jahren einen stetigen Rückgang der Rebbauflächen; auch in diesem Winter sind große Flächen herausgehauen worden, weil die Kosten des Weinbaues zu hoch sind. Die Kosten betragen für einen Hektar etwa 1500 Mark, der Ertrag ergibt etwa 500 Mark. Unter diesen Umständen muß man mit einem weiteren Rückgang rechnen. Der Gutedel ist stark empfänglich für die Blattfallkrankheit und in der Blüte sehr empfindlich. Es ist auch die Meinung verbreitet, daß unsere alten Reben degeneriert sind. Ich kann diese Ansicht nicht teilen. Man sollte selektionieren, wo Qualitätsweinbau getrieben werden soll sind diese alten Reben zu empfehlen. Solche Qualitätsweine werden hauptsächlich im mittelbadischen Rebgebiet gebaut. In Baden ist jedoch der Quantitätswein vorherrschend. Wir suchen deshalb nach Rebsorten, die große und sichere Erträgnisse liefern. Diese Sorten finden wir in den Hybriden die sich im Elsaß gut bewährt haben. Nun befürchtet man, daß unser Qualitätsweinbau unter dem Anbau der Hybriden litte, diese Furcht habe ich nicht. Die Taylor-Rebe ist in Baden verbreitet, sie bringt einen großen Ertrag, die Qualität ist jedoch gering. Man sollte deshalb andere Sorten bevorzugen. Die Winzer im Breisgau und im Markgräflerlande wollen guttragende Reben einführen. Deshalb sollte die Regierung ihren Standpunkt gegenüber den Hybriden ändern. Um einer zu raschen Verbreitung der Hybriden entgegenzuwirken, könnte man die Anbaufläche der Hybriden beschränken. Damit wäre auch ein Anfang gemacht für die Produktion billigen Weines für die Rebbauern selbst, aber auch für die Arbeiter; es wäre auch die Einfuhr von fremden Weinen nicht mehr notwendig. Die Förderung der Rebzuchtstelle bei Freiburg sollte in größerem Maße erfolgen. Wenn es an Mitteln fehlt, würden die Rebbesitzer gerne dazu beitragen; man könnte sie auch der Landwirtschaftskammer unterstellen, vielleicht auch ausbauen zu einem Weinbauinstitut und später einmal an eine landwirtschaftliche Abteilung an der Universität in Freiburg angliedern. Die Bekämpfung der Rebkrankheiten sollte mit allen Mitteln gefördert werden. Für die Neuanlage von Rebwegen müßte besser gesorgt werden.

Abg. Martin (Ztr): Die Landwirtschaft hat freilich jetzt nicht zu klagen, sie hatte aber einmal schlechte Zeiten und wenn sie sich erholt hat, wird dies auch den anderen Ständen zugute kommen. Der Krieg hat eine große Verwüstung angerichtet bei unserer Viehzucht und in unserer Pferdezucht. Bei Wiederaufbau der Viehzucht hoffen wir auf die Mitwirkung der Regierung. Besonderer Wert muß auf den Getreidebau gelegt, er muß rentabel gemacht werden. Zwischen den früheren Ferkelpreisen und den Schweinepreisen besteht ein Mißverhältnis; für eine sechsmonatige Arbeit hat der Bauer einen Verlust von 40 Mark.

Hierauf wurde abgebrochen.

Präsident Kopf teilte mit, daß er festgestellt habe, daß Abg. Riederbühl zu seinen Ausführungen dem Abg. Görlacher gegenüber eine unkorrigiertes Stenogramm seiner Rede benutzt habe. Gegen dieses Verhalten sei nichts einzuwenden, da es den bisherigen Gepflogenheiten des Hauses entspreche.

Abg. Görlacher (Ztr.) erklärte, daß ihm gesagt worden sei, man habe es früher so gehalten, daß man um die Genehmigung des Redners dazu nachgesucht habe. Die Abgeordneten Muser (F. Vp.) und Schofer (Ztr.), ferner der Abg. Schell (Ztr.) bestätigten diese Behauptung. Abg. Riederbühl (natl.) stimmte dagegen den Darlegungen des Präsidenten zu. Abg. Rebmann (natl.) bezeichnete es als wünschenswert, daß die Angelegenheit grundsätzlich geregelt werde.

Nächste Sitzung: Donnerstag vormittag 9 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Aussprache.

Schluß der Sitzung ½2 Uhr.

Aus dem Großherzogtum.

+ **Heidelberg**, 5. März. Gestern mittag ist hier der russische Staatsrat und ordentliche Universitätsprofessor a. D. Otto Waltz gestorben. Staatsrat Waltz war, wie das „Heidelb. Tagbl." berichtet, in Heidelberg geboren und hatte sich 1869 an der philosophischen Fakultät der Universität immatrikuliert, 1874 wurde er außerordentlicher Professor, 1875 schied er aus dem Lehrkörper aus, um einem Rufe nach auswärts zu folgen. — Seinen Verletzungen erlegen ist am Sonntag Nachmittag im akademischen Krankenhause der 42 Jahre alte Fabrikarbeiter Joseph Barhu aus Friedrichsfeld; er war am 28. Februar an seiner Arbeitsstelle verunglückt.

+ **Ettlingen**, 4. März. Kontrolleur a. D. Karl Henkenius, der älteste Einwohner unserer Stadt, ist im Alter von 87 Jahren gestorben. Er stammte aus Adelsheim und ist 1830 hier Kontrolleur des damals in Ettlingen bestehenden Monierungsdepots der badischen Truppen gewesen. 1871 wurde er pensioniert. An dem öffentlichen Leben hat Henkenius lebhaften Anteil genommen. Er gehörte lange Zeit dem Bezirksrat, dem Bürgerausschuß und dem evangelischen Gemeinderate an.

Vaterländische Versammlung.

⊡ **Diedelsheim**, 6. März. Der am letzten Sonntag im hiesigen Schulhaussaal abgehaltene vaterländische Abend erfreute sich eines überaus zahlreichen Besuches und nahm in allen seinen Teilen einen wohlgelungenen, stimmungsvollen Verlauf. Nach der Begrüßungsansprache durch Herrn Bürgermeister Bickel leiteten die Schüler mit dem vierstimmigen Gesang: „Deutschland, Deutschland über alles" die Feier ein. Der Redner des Abends, Herr Notar Hugelmann-Bretten, führte in seinem Vortrage die Zuhörer im Geiste nach Serajewo, jener unheilvollen Stätte, wo am 28. Juni 1914 das österreichische Erzherzogpaar Franz Ferdinand ermordet worden war, welches furchtbare Ereignis den Weltbrand entfacht hat. Der Redner gedachte der im Juni v. Js. an jener unglückseligen Stelle veranstalteten Gedenkfeier und schilderte sodann daran anschließend die tieferliegenden Gründe des Weltkrieges, dessen bisherigen militärischen Verlauf und die heutige militärische und politische Lage unter besonderer Hervorhebung des Friedens mit der Ukraine in seinen moralischen und praktischen Erfolgen. Der Redner schloß mit einem warmen Appell an die Zuhörer zum Durchhalten und Aushalten und einem frohen Ausblick auf die Zukunft Deutschlands. Der zweite Redner, Herr Hauptlehrer Broz schilderte in anschaulicher und volkstümlicher Weise die Ursachen, den Verlauf und die Wirkungen des U-Bootkrieges. Beide Redner wurden mit reichem Beifall belohnt. Die Schüler haben unter Leitung der Frl. Lehrerin Hannich und des Herrn Hauptlehrers Broz durch Vortragen von Gedichten und Liedern zeitgemäßen Inhalts den Abend zu einem besonders genußreichen gestaltet. Besondere Anerkennung verdient der Realschüler Bechler, der mit dem von ihm selbstverfaßten Gedichte „Die Kriegsanleihe" die Zuhörer freudig überraschte und reichen Beifall fand. Im Anschluß an dieses Gedicht entwarf Herr Notar Hugelmann in scharfen Umrissen ein Bild von der heutigen Finanz- und Wirtschaftslage Deutschlands und richtete eine eindringliche Mahnung an die Zuhörer zur Zeichnung der 8. Kriegsanleihe, welche Mahnung durch Herrn Gemeinderechner Kern in volkstümlicher Weise unterstrichen wurde. Herr Bürgermeister Bickel schloß mit Dankworten an die Redner die Versammlung und mit dem Liede „Es braust ein Ruf wie Donnerhall" ging man auseinander mit dem erhebenden Bewußtsein, einen schönen und lehrreichen Abend verlebt zu haben.

Das Feldheer benötigt dringend Hafer, Heu und Stroh! Landwirte helft dem Heere!

Aus der Residenz.

* **Karlsruhe**, 6. März 1918.

= **Warnung an Gemüsesamenwucherer.** Die amtlichen Richtpreise für Gemüsesamen werden häufig derart überschritten, daß sich die Reichsstelle für Gemüse und Obst genötigt sieht, dagegen auf das schärfste einzuschreiten. Die Schuldigen werden unnachsichtlich den Strafgerichten ausgeliefert (Höchststrafe: 1 Jahr Gefängnis nebst 10 000 ℳ Geldstrafe und entschädigungsloser Einziehung der Samenvorräte), die Handelsbetriebe polizeilich geschlossen, sowie die Vorräte beschlagnahmt und einer amtlichen Stelle zwecks Veräußerung zu den Richtpreisen unmittelbar an die Verbraucher überwiesen. Diese Maßregeln sind schon mehrfach durchgeführt worden. Auf irgendwelche Nachsicht darf nicht gerechnet werden. Es wird daher dringend vor Ueberschreitungen gewarnt.

St. **Liederabend König.** Im Eintrachtssaal lernte man in Frau König eine gediegene Sängerin kennen. Sie ging aus einer guten Schule hervor; jeder einzelne Ton wird klar gebildet, ihr Piano verflichtet sich in einen Hauch, und ihr Forte, wenn es auch nicht allzu mächtig ist, hat Kraft und überzeugt. Die Stimme sagt bei dieser Sängerin, was ihre Seele bewegt. Frau König hat sich Lieder gewählt von Schubert, Franz, Schumann und Brahms. Alle Vorträge gelangen ihr meisterlich. Einen ihr geistesverwandten Begleiter hatte sie in Herrn Brückmann gefunden.

= **Großh. Hoftheater.** Das dreiaktige Lustspiel „Die gefährlichen Jahre" von Johannes Wiegand und Georg Ruseler, dessen Erstaufführung am Freitag, den 8. März, stattfindet, wird von den Damen Hedwig Holm und Margarethe Pix, sowie von den Herren Karl Dapper, Rudolf Essek, Paul Gemmecke und Fritz Herz dargestellt. Die Spielleitung hat Otto Kienscherf. Beginn der Vorstellung 7 Uhr.

Letzte Drahtberichte.

WTB. **Kloster Beuron**, 6. März. Zu dem Ableben des von ihm hochgeschätzten Erzabts Ildefons Schobber hat Kaiser Wilhelm aus dem Großen Hauptquartier ein Beileidstelegramm gesandt.

Der englische Flotten-Etat.

WTB. **London**, 6. März. Im Unterhause brachte der Erste Lord der Admiralität Sir Erik Geddes den Voranschlag des Flottenetats ein.

Die Landung auf den Aalandsinseln.

WTB. Berlin, 6. März. (Amtlich) Ein zur Errichtung eines Etappenplatzes für die Hilfsaktion nach Finnland bestimmter Teil unserer Seestreitkräfte hat am 5. März nachm. bei Eckerö auf den Aalandsinseln geankert.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Der österreichisch-ungarische Tagesbericht.

WTB. **Wien**, 6. März. Amtlich wird verlautbart:

An der italienischen Front keine besonderen Ereignisse.

Der Waffenstillstandsvertrag mit Rumänien wurde formell unterzeichnet. Aufgrund desselben beginnen nunmehr die Friedensverhandlungen.

Der Chef des Generalstabes.

Die gefangenen Amerikaner.

WTB. **Berlin**, 4. März. Die am 1. März bei Chavignon eingebrachten Amerikaner werden lediglich zur Eingewöhnung als Arbeitstruppe der vorderen Linie zwischen kampfbewährte französische Divisionen gesteckt. So gerieten sie in den nach kurzen Trommelfeuer vorbrechenden Angriff badischer und thüringischer Stoßtrupps und ergaben sich ziemlich schnell ohne allzugroßen Widerstand. Sie stammen aus dem Staate Connecticut. Es sind junge kräftige Leute, machen aber einen wenig kriegslustigen Eindruck. Irgendwelche Einsichten in Ziele und Zwecke dieses Krieges haben sie nicht. Es ist für sie ein Unternehmen der New-Yorker Großfinanzleute. Die Engländer hassen, aber achten sie, den Franzosen stehen sie mit gönnerhaftem Mitleid gegenüber. Deutschland ist ihnen ganz gleichgültig. Die kriegerischen Operationen haben für sie nicht das geringste Interesse, ganz stumpfsinnig und fatalistisch überlassen sie sich der Führung der kriegsgewohnten Franzosen. Der Schneid des deutschen Angriffes hat sie sehr erschüttert, sie waren froh, dem Krieg entronnen zu sein.

Die Japaner in Sibirien.

Französische Erklärungen.

WTB. **Paris**, 6. März. (Havas.) Der „Matin" gibt Einzelheiten zu den Erklärungen Pichons im Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten und sagt: In dem Augenblick, wo die maximalistische Propaganda die Oberhand gewinnt, bereitet Sibirien sich vor, die ungeheuren Vorräte an sich zu raffen, die für die russische Regierung angehäuft wurden. Energische Maßnahmen drängten sich auf. Es sei sicher, daß das, was in die Hände der Maximalisten falle, eine Beute des Feindes würde. Es sei also Pflicht der Alliierten, die Erzeugnisse in Verwahrung zu nehmen, die sonst für die verbündete Regierung bestimmt gewesen wäre. Japan könne billigerweise allein vorgehen, es ziehe aber vor, im Einvernehmen mit den Alliierten zu handeln. Wilson habe nach gewissenhafter Prüfung festgestellt, daß das japanische Eingreifen im Auftrage der Alliierten dem Grundsatz, den er ausgesprochen habe, in keiner Weise zu nahe trete. Es handle sich nicht darum, aus der russischen Verwirrung Vorteile zu ziehen oder gegen den bisherigen Alliierten feindlich aufzutreten, es handle sich vielmehr um einen Schachzug gegen das deutsche Eintreten, das die Zerstörung des Gleichgewichts der Mächte in Asien anstrebe. Die maximalistische Regierung habe durch die Unterzeichnung des schimpflichen Friedens die Verträge verletzt. Millionen Russen machen sich darauf gefaßt, preisgegeben zu werden. Das Eingreifen der mächtigen japanischen Armee sei das natürliche Mittel des Vorgehens der Entente in Rußland. Die Aufgabe Japans sei abgeschlossen, wenn es die Hand, die Deutschland auf Rußland und Asien lege, zurückgestoßen haben würde.

Das englische Botschaftspersonal von Petersburg abgereist.

() **London**, 4. März. Wie das Reutersche Büro erfährt, ist das Personal der englischen Botschaft von Petersburg wohlbehalten in Helsingfors angekommen.

Die Kriegsrede Orlandos.

)(**Rom**, 4. März. Im weiteren Verlaufe seiner Rede im Senat betonte Orlando, daß in Italien vollkommen Einigkeit herrsche, die sich in einer unbedingten Fortsetzung des Krieges äußere. Alle Parteien verlangten die Fortsetzung der kriegerischen Bemühungen und einen Widerstand um jeden Preis bis zum äußersten. Orlando brachte aufs Neue die lebhaften Sympathien der italienischen Regierung für das montenegrinische Volk zum Ausdruck, dessen Befreiung von der gegenwärtiger Besetzung zu den Kriegszielen Italiens und der der gesamten Entente gehöre. Italien verfolge in diesem Kriege als wesentliches Kriegsziel die Erlangung von Grenzen, die verteidigt werden könnten, und den Schutz der unverjährbaren Rechte des italienischen Volkes. Es gebe gegenwärtig für den Krieg nur ein Ziel, nämlich zu siegen, und das Mittel, um es zu verwirklichen, bestehe darin, sein möglichstes zu tun um den Feind zu schwächen. Zur Lage im Innern des Landes übergehend, erkläre Orlando, er halte es für überflüssig, abermals den unerschütterlichen Entschluß der Regierung zu betonen, den Burgfrieden zu erhalten. Der Ministerpräsident schloß: Wir können und sollen das Opfer unseres gesamten Eigentums, unserer Zukunft, unseres Vermögens und unseres Lebens bringen, aber das Vaterland muß unsterblich sein. Man muß alles versuchen und wagen, damit Italien lebe. Soialoja begründete darauf eine Vertrauenstagesordnung, die durch Zuruf angenommen wurde, worauf der Senat sich bis auf weiteres vertagte.

Eine amerikanische Artilleriebasis in Frankreich.

WTB. Washington, 6. März. (Reuter.) Das Kriegsdepartement der Vereinigten Staaten teilt mit, daß in Frankreich eine große Artilleriebasis errichtet wird, die 25 Millionen Dollars kosten wird. Diese Basis wird aus 20 großen Magazinen, 12 großen Werkstätten und 100 kleineren Werken und Magazinen bestehen. Mit dem Bau der Artilleriebasis, zu deren Betrieb 450 Offiziere und 16 000 Mann nötig sein werden, wurde vor mehreren Wochen begonnen, nachdem ein großer Teil des benötigten Materials und der übrigen Ausrüstung in Frankreich angekommen war. Das Kriegsdepartement verlangte vom Kongreß außer den bereits bewilligten 640 Millionen Dollars für die Durchführung der Luftrüstung noch weitere 450 Millionen Dollars.

Die amerikanischen Kriegsausgaben.

)(**Washington**, 2. März. (Reuter) Der Schatzsekretär Mc Adoo veröffentlicht einen Bericht für Februar, wonach die Kriegsausgaben in diesem Monat 1 002 878 308 Dollar betrugen, wovon 325 Millionen Dollar an die Alliierten geliehen wurden. Mc Adoo kündigte für April die Werbung für eine Freiheitsanleihe an. Die Senatkommission für militärische Angelegenheiten empfahl eine Gesetzgebung durch die der Präsident die Kontrolle über die amerikanische Wollindustrie regelt. Wilson unterzeichnete ein Gesetz, durch das 5 Millionen Dollar für die Schaffung von Wohnungen für die Angestellten der Schiffsbauindustrie bewilligt werden. In der 2. Hälfte des Jahres 1917 wurde die amerikanische Handelsflotte um 399 Schiffe vermehrt, wobei die großen deutschen Schiffe, wie Vaterland, die von der Kriegsmarine übernommen wurden, nicht gezählt sind.

Der Getreidemangel der Alliierten.

WTB. **Washington**, 6. März. (Reuter.) Der Nahrungsmittelkommissar Hoover hat eine neue Verordnung über die Lebensmittelersparnis erlassen, wonach die Alliierten weitere erhöhte Zufuhren von Brotgetreide verlangt haben wegen der geringen Ankünfte aus Argentinien. Deshalb sei es notwendig, zur weiteren Ersparnis von Brot den Fleischgenuß wieder mehr auszudehnen und auch den Alliierten soviel Fleisch zu schicken, als die Transportmöglichkeiten vorhanden seien. Es werden infolgedessen die bisherigen Beschränkungen im Fleischgenuß aufgehoben.

WTB. **Berlin**, 6. März. Der Verlust von auch nur zwei Schiffen täglich, schrieb der Marinemitarbeiter der „Times" am 10. Januar, macht einen großen Unterschied in der Menge von Brot und Fleisch aus, die zur Verteilung bereit stehen. Die Vernichtung eines Weizenschiffes von 5000 B.R.T. bedeutet den Verlust von 2 Millionen Laib Brot, und wenn ein entsprechendes Fleischschiff torpediert wird, entspricht dies einem Verlust von 50 000 Hämmeln. Nach diesem Maßstab muß dieser U-Booterfolg bewertet werden.

Einen Vortrag des Ernährungsministers Max Rhondda erwähnten die „Times" am 6. Februar unter der Ueberschrift „Die schlimmste Lage während der letzten zwei Monate". Da jedoch der Inhalt vertraulicher Art war, enthielt sich das Blatt eines Berichts. Nur der Abg. H. Samuel äußerte darüber am 13. Februar im Unterhaus, die Abgeordneten seien mit schweren Zweifeln an der Lage der Nahrungsmittelzufuhr nach Hause gegangen.

Die „ALA“
Allgemeine Anzeigen-Gesellschaft m.b.H.

Berlin W. 9, Budapester Straße 6

ist ein vom Verein deutscher Zeitungsverleger anerkanntes allgemeines Anzeigenvermittlungsgeschäft (Annoncenexpedition); sie befaßt sich mit allen Geschäften, die in das Arbeitsgebiet einer solchen fallen.

Ihr bisher 1 000 000 Mark betragendes Gesellschaftskapital wird laut Beschluß der Gesellschaftsversammlung vom 28. Juli 1917 auf 2 000 000 Mark erhöht.

Sie ist drei Monate vor Kriegsausbruch unter der Firma Auslands-Anzeigen-Gesellschaft m. b. H. (A. A. G.), Berlin, gegründet worden.

Zweck der Gesellschaft ist:

Anzeigen aller Art zu vermitteln, ganz besonders aber deutsche Anzeigenaufträge im Ausland auf Grund eingehender Kenntnis der in Frage kommenden Zeitungen und Absatzverhältnisse zu vergeben.

Da es nicht möglich ist, ein solches Geschäft lediglich auf die Auslandsumsätze aufzubauen, und da sowohl finanziell wie für die Werbetätigkeit die Scheidung in Auslands- und Inlandsanzeigen praktisch undurchführbar wäre, vermittelt die Gesellschaft seit ihrer Gründung (Mai 1914) auch Inlandsanzeigen, **ist also als rege rechte Anzeigenvermittlungsstelle ausgebaut, die mit der gesamten Presse (Zeitungen und Zeitschriften) des In- und Auslandes in Geschäftsverkehr tritt** und ihren **Gesellschaftern** und **Kunden** im Wettbewerb mit anderen Anzeigenvermittlungsstellen die gleichen Bedingungen wie diese bieten soll.

In der „ALA“ als unabhängiger Annoncen-Expedition haben sich Hunderte der angesehensten Firmen aller Erwerbszweige, Vereine, Verbände und Verleger großer Zeitungen und Zeitschriften **der verschiedensten Richtungen** zusammengeschlossen, um die auf dem Gebiete des Anzeigenwesens erworbenen Erfahrungen praktisch in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen.

Die „ALA“ bietet ihren Kunden, Gesellschaftern und Nichtgesellschaftern

folgende Vorteile:

Möglichst vollkommene sachkundige Beratung auf dem Gebiete des gesamten Anzeigen- und Reklamewesens.
Unabhängige und unparteiische Beratung bei der Auswahl der vom Standpunkt des Anzeigenden auszuwählenden in- und ausländischen Zeitungen und Zeitschriften, ohne Rücksicht auf den größeren oder geringeren ihr von den Verlegern gebotenen Nutzen.

Die Kenntnis der Anzeigenwirkung in der gesamten in- und ausländischen Presse wurde bisher nicht eingehend und umfassend genug gepflegt. Die vorhandenen Erfahrungen, soweit sie geeignet sind, allen zu dienen und zu nützen, waren und sind noch weit zerstreut. Das galt in besonderem Maße für die Presse des europäischen und überseeischen Auslandes. Diese Lücke unter gänzlicher Ausschaltung aller politischen Gesichtspunkte auszufüllen, setzt sich die „ALA“ als besondere Aufgabe.

Ihre musterhaft ausgebauten **Archiv**einrichtungen befassen sich mit einer nach Gesichtspunkten der Praxis und der Anzeigenwirkung tätigen systematischen Beobachtung besonders der ausländischen Presse. Das Archiv sammelt und verarbeitet das über diese Presse aus allen erreichbaren schriftlichen und mündlichen Quellen zu erlangende wirschaftliche Material. Es bezweckt mit dieser Beobachtung, Sammlung und kritischen Arbeit die Gewinnung einer möglichst abgerundeten und stets auf dem Laufenden gehaltenen Kenntnis der gesamten Weltpresse.

Diese eingehende und immer weiter zu vertiefende Kenntnis besonders des ausländischen Zeitungswesens in Verbindung mit einer groß angelegten **Werbeabteilung** soll den Kunden auf Grund streng objektiver Beratung die denkbar besten Wege suchen helfen, die sie durch die Benutzung der verfügbaren Werbemittel zu geschäftlichen Erfolgen führen. Hierher gehört auch das Gebiet der **künstlerischen** und **volkswirtschaftlichen** Beratung, wie die Anfertigung von Entwürfen, Plakaten, die Mitteilung uns bekannt gewordener neuer Absatzmöglichkeiten usw.

Eine große deutsche Auslandsorganisation.

Bisher fehlte diese so gut wie ganz.

Die Vermittlungsstellen für die meisten Auslandsanzeigen des deutschen Erwerbslebens lagen bisher nicht in Deutschland, sondern im Auslande. Die Agence Havas, Paris, vermittelte den Hauptteil der deutschen Anzeigen für Südamerika. Durch die großen Agenturen in London ging beinahe der ganze Rest; weiter gingen durch sie die deutschen Anzeigen für Ostasien, Australien und Afrika. Moskauer und Petersburger Häuser saugten die Anzeigen aus Deutschland für die russische Presse auf.

Die Errichtung eigener Zweigstellen oder sonst geeigneter Vertretungen, die in laufender enger Fühlung mit der Zentralstelle stehen, soll hier diesem Uebelstand abhelfen. Entsprechende Vorbereitungen sind bereits getroffen. — Auch in Deutschland ist zur Zeit ein eigenes Zweigstellennetz im Ausbau begriffen, um dadurch mit der gesamten deutschen Inserentenkundschaft in immer engere und persönlichere geschäftliche Beziehungen zu treten und ihr möglichst große Vorteil bieten zu können.

E. JACOBY, Hoflieferant
BADEN-BADEN
z. Zt. **KARLSRUHE**
Schlosshotel.
12020

Straßen- u. Fabrik-Besen

ca. 8 cm. breit und 30 cm. lang
Postpakete, 2 u. 4 Stück, liefert noch prompt p. Nachnahme Stück **4.80 Mk.** exkl.
Verpackung unfrankiert, bei Dutzendabnahme franko incl. Verpackung. 8004
Besen- u. Bürsten-Industrie
Celle i. H. 350 Arbeiter.
Vertreter und Händler
überall gesucht.

Bekanntmachung.
Karlsruher Lokalbahnen.

In unserer Bekanntmachung vom 27. Februar 1918 ist infolge eines Schreibversehens unter Ziffer 3 der Preis der Arbeiter- und Schülerwochenkarten für tägliche einmalige Hin- und Rückfahrt mit 1,35 **Mk.** statt richtig mit 1,35 **Pfg.** für den Kilometer unter Aufrundung auf die nächste durch 10 teilbare Zahl angegeben.

Karlsruhe, den 5. März 1918. D 11

Der Stadtrat.

Eintracht-Saal.

Montag, den 11. März 1918
abends 7½ Uhr:

Kammermusik-Abend

E. Weimershaus **H. Lüthje**
R. Feidner **J. Keilberth**

unter gütiger Mitwirkung des Pianisten **Ludwig Kühn** (Pforzheim).

Vortragsfolge:

1. **Quartett Nr. 19 C-Dur (Köchel Nr. 465** . **W. A. Mozart.**
   a) Adagio Allegro; b) Andante cantabile; c) Menuetto-Allegretto; d) Molto allegro.
2. **Quartett op. 26, A-dur für Violine, Viola, Violoncello und Pianoforte** . . . . . **Johs. Brahms.**
   a) Allegro non troppo; b) Poco Adagio; c) Poco Allegro Scherzo; d) Allegro.
3. **Quartett op. 18 Nr. 1 (F-dur)** . . . . . **L. v. Beethoven.**
   a) Allegro con brio;
   b) Adagio Affettuoso ed appassionato; c) Scherzo, Allegro molto; d) Allegro.

Konzertflügel **Julius Blüthner** aus dem Lager des Herrn Hoflieferanten **L. Schweisgut**.

Eintrittskarten zu Mk. 3.—, **2.50** und **1.50** sind in der Hofmusikalienhandlg. **Fr. Doert,** Kaiserstr. 159 (Teleph. 638) und an der Abendkasse erhältlich. 1278

Saal ist geheizt.

Preußische Hypotheken-Aktien-Bank.

Die am 1. April und 1. Juni 1918 fälligen **Zinsscheine** unserer Pfandbriefe werden vom **15. d. M.** und **15. Mai 1918** ab außer an den sonstigen Einösungsstellen auch in **Karlsruhe** bei

der **Rheinischen Creditbank,**
dem Bankhaus **Veit L. Homburger,**
dem Bankhaus **Heinrich Müller,**
der **Mitteldeutschen Creditbank (vorm. Alfred Seeligmann & Co.)**

eingelöst.

Berlin, den 5. März 1918. 1277

Die Direktion.

Jäger.

Erstklassiges **Drillinggewehr,** hahnlos, Anson u. Deley, Elektro-Stahlläufe, Kal. 16, 16, 9,3 × 72, sowie neue **Doppelbüchse,** Hähnels Patent-Sicherheitsgewehr, Kal. 11 mm, preiswert bei 7018

Büchsenmacher **Ernst Voigt,** Schillerstr. 43, b. d. Bonif.-Kirche.

Die besten Partien steh. i. d. deutschen **Heiratszeitung** **München 81, Ringseisstr. 12.**
Diskret. Versand. Einzel.-Nr. 75 Pfg. oder vierteljährl. M. 2.50. 8003

Tüchtige
Platz- u. Reisevertreter
sucht an allen Plätzen zum Verkauf meiner **Papier-Zigarrenspitzen** an Wirte u. Zigarrenhändler
Königseer Zigarrenspitzenfabrik
Rudolf Dressel 7019
— Königsee i. Th. —

Schriftliche Arbeiten
wünscht daheim anzufertigen 7020
D. Riedel, Lehrerin a. D., **Durlach,** Leopoldstraße 9.